

MBI INFORMIERT

MÜLHEIMER BÜRGER-INITIATIVEN
UNABHÄNGIGE WÄHLERGEMEINSCHAFT Nr. 8/21

MBI-Geschäftsstelle

Kohlenkamp 1,
45468 Mülheim
Tel. 0208 - 3899810
Fax 0208 - 3899811

e-mail: mbi@mbi-mh.de

<http://www.mbi-mh.de>

Das diesjährige Sommerloch von Starkregen überschwemmt?

Die noch gebremste Rückkehr zu mehr Freiheit ab Ende Juni wurde sofort wieder in Frage gestellt durch eine angeblich nächste Coronawelle im Herbst mit Delta- oder evtl. noch anderen Virus-Mutanten. Die riesigen Coronafolgeschäden sind noch nicht gesichtet, da wird bereits mit dem nächsten lockdown gedroht! Und dann kam die Unwetterkatastrophe Mitte Juli mit vielen Toten und Milliarden Schäden. Ein Wink des Himmels zum überfälligen Umdenken auch in der Mülheimer Stadtpolitik?! Mehr auf den Seiten 2+3. In dem davor müden Bundestags-



wahlkampf erhielten die Grünen wieder deutlich Auftrieb. Doch ihre Fokussierung nur auf Klima ist gefährlich falsch, Mehr auf dem Einlegeblatt. Das Schweigen der Mülheimer Grünen zu vorbeugendem Hochwasserschutz ist typisch, genau wie die WAZ-Durchhalteparolen.

Umdenken in der Stadtplanung nötig, die Zeit ist überreif!

Zukunftsgerichtet bzgl. Gewerbeflächen, Wohnungsmangel und Bevölkerungsentwicklung aber wäre es, sich erst einmal mit den durch die Coronamaßnahmen stark veränderten Realitäten zu befassen, nämlich die mit Corona verbundene Beschleunigung von Homeoffice sowie das Absterben von Teilen der Innenstadt als Einkaufszentrum wegen Internethandel und der Explosion der Lieferdienste zur Kenntnis zu nehmen. Dafür Konzepte zu entwickeln ist das Gebot der Stunde, nicht weitere Baugenehmigungen in hochwasserrelevanten Gebieten wie Ruhrbania.



Wie kann man z.B. die neu und noch unweigerlichen kommenden Leerstände umnutzen? Auch deshalb ist dringend ein grundsätzliches Umdenken in der vor die Wand gefahrenen Mülheimer Politik nötig, aber auch möglich.

"Turbo-Internet" für Villen im Uhlenhorst auf Staatskosten"

Mit 24 Mio. Euro von Bund und Land will Mülheim das Glasfasernetz ausbauen. Schulen sollen profitieren, auch ein Teil der Bürger/innen, nicht zuletzt in Mintard oder Selbeck, aber auch die in den abgelegenen Villen im Uhlenhorst. Da wohnt z.B. ein ex-RWE- und Innogy-Chef, einst mit einer Abfindung von lächerlichen 12 Mio. € gechasst. Auch andere Gutbetuchte werden nun auf Staatskosten in ihren "bescheidenen" Anwesen mit Turbo-Internet versorgt.

11 Jahre LoPa-Tragödie: Organisierte fahrlässige Gefährdung von Menschenleben, die Aufarbeitung eine Schande für den Rechtsstaat

Am 24. Juli jährte sich die loveparade-Tragödie mit 21 Toten und über 650 Verletzten zum 11. Mal. Was danach folgte, war eine Schande nach der anderen, obwohl es ein Riesenskandal der organisierten Verantwortungslosigkeit war. Alle Hauptverantwortlichen blieben ungeschoren. Selbst die eher jämmerliche Figur des damaligen OB Sauerland konnte nur ausgesprochen zäh über ein Bürgerbegehren und Bürgerentscheid aus dem Amt entfernt werden. Die juristische Aufarbeitung war zwar schweineteuer, aber von vorneherein auf Scheitern angelegt.

Auf den folgenden Seiten:

- MBI beantragen vorbeugenden Hochwasserschutz in der Stadtplanung, u.a. Tabuzonen für weitere Bebauung in und an den Ruhruferzonen sowie im und am Rumbachtal..... S. 2
 - Doch der OB sagt: „Bauprojekte zu verbieten, ist doch kein Hochwasserschutz“ Wie bitte? S. 3
 - MBI vollauf bestätigt: Haushaltsbegleitbeschluss war rechtswidrig! Und nun? S. 4
 - Die seltsame Finanzierung der zusätzlichen Dezernentenstelle für Schwarz-Grün S. 4
- Einlegeblatt:** Unwetterkatastrophe als "entfesselte Klimakrise"? Instrumentalisiert für grünen Wahlkampf?

Vorbeugender Hochwasserschutz in der Stadtplanung, u.a. Tabuzonen für weitere Bebauung in und an den Ruhruferzonen sowie im und am Rumbachtal

MBI-Antrag für die BV 1 am 14.9., die BV 3 am 16.9., die BV 2 am 20.9., den Umweltausschuss am 24.9., den Planungsausschuss am 28.9., den Wirtschaftsausschuss am 5.10.,

und den Rat der Stadt Mülheim am 11.11. 2021

TO öffentlich

Die verheerenden Auswirkungen der enormen Starkregen Mitte Juli sind in Mülheim zum Glück glimpflicher verlaufen als in anderen Teilen von NRW oder auch in Rheinland-Pfalz. Es ist seit vielen Jahren bekannt, dass auch im gemäßigten Klima von Mitteleuropa Starkregen immer häufiger auftreten und damit die Hochwassergefahr eben nicht mehr vorrangig nur in Zeiten der Schneeschmelze in den Bergen besteht. Die notwendigen Schutzmaßnahmen für Katastrophenschutz und –einsatz funktionieren zumeist gut, doch im Bereich des vorbeugenden Hochwasserschutzes liegt auch in Mülheim einiges im argen.

Beschlussvorschlag als Grundsatzbeschluss

Die Bezirksvertretungen 1, 2, 3 und die Ausschüsse für Umwelt, Planung und Wirtschaft empfehlen dem Rat zu beschließen, der Rat der Stadt beschließt:

Der Rat erklärt als vorbeugende Hochwasserschutzmaßnahme u.a. bestimmte Bereiche des Ruhrtals und das Rumbachtal sowie die Hänge ins Tal, die auch wichtige Kaltluftentstehungsflächen für die Innestadtdurchlüftung sind, zu Tabuzonen für jegliche zusätzliche Bebauung. Im einzelnen beschließt der Rat folgende Maßnahmen und baurechtlichen Vorgaben:

- ◆ Einschränkung von allen Erweiterungsmöglichkeiten für bestehende Gebäude am gesamten Uferbereich zwischen Schlossbrücke und Florabrücke, ebenso im gesamten weiteren Verlauf der Mendener Straße bis Mulhofs Kamp
- ◆ **Reduzierung der geplanten Gesamtbebauung im rechtsgültigen B-Plan "Kassenberg/Lindgens-Areal – X 12" durch eine deutliche Vergrößerung der unbebauten Fläche in Ruhrufernähe, wozu auch ein Änderungsverfahren für den B-Plan erforderlich ist.**
- ◆ Endgültige Festlegung der Wassergewinnungsfläche auf der gesamten Insel zwischen Kahlenbergwehr und Schleuseninsel als striktes Naturschutzgebiet mit Betretungsverbot
- ◆ **Die Beendigung der Bebauungspläne Schlippenweg (G 15) und Tinkrathstr. (G 14)**
- ◆ Überprüfung der angedachten „floating homes“ auf der Ruhr auf ihr Gefährdungspotenzial im Hochwasserfall und möglichst Aufgabe dieser Projektidee im Rahmen der IGA 27
- ◆ **Die Waldfläche in Styrum außerhalb des Wasserschutzgebietes, die das RWW in das sog. Filetstück einbringen will, um die industriellen Brachflächen an der Ruhr zu einem Quartier besonderer Güte zu machen, muss Wald bleiben. Auch die Grünfläche zwischen Gesundheitshaus und Nordbrücke muss erhalten bleiben und nicht zur Neuentwicklung des FWH-Geländes hinzugenommen werden.** Dazu gehört die
- ◆ Beendigung aller Pläne für die Ruhrbania-Baufelder 3+4 und völlige Überarbeitung des B-Plans „Ruhrpromenade – Innenstadt I 31“, in dem auf dieser Grünfläche immer noch ein 10-stöckiges Hochhaus in Ruhrnähe vorgesehen ist.
- ◆ **die gesetzlich vorgeschriebene Verpflichtung von Möglichkeiten der Regenversickerung für zumindest alle Neubauten auch konsequent vorzuschreiben und umzusetzen**
- ◆ Verbot des Baus weiterer Alten- und Pflegeheime in hochwassergefährdeten Bereichen
- ◆ **Neuaufgabe eines verstärkten Entsiegelungsprogramms für das gesamte Stadtgebiet ähnlich dem aus den 90er Jahren, das aber leider nicht konsequent weitergeführt wurde**

Begründung

Die gesamte Flächeninanspruchnahme auf Mülheimer Stadtgebiet ist im Sinne eines vorbeugenden Hochwasserschutzes auf Dauer zu reduzieren. In diesem Sinne muss in Mülheim konsequenter gehandelt werden und für besonders sensible Bereiche sind Tabuzonen festzulegen, wo jegliche weitere Bebauung in Zukunft untersagt wird oder größere Erweiterungen bei bestehenden Gebäuden nicht mehr möglich sein dürfen. Folgende Bereiche sind seit vielen Jahren immer wieder in der Diskussion, obwohl bekanntermaßen problembeladen. Dort ist es überfällig, nun endlich konsequentere Beschränkungen in der Flächennutzungsmöglichkeit festzuschreiben.

Das gesamte Ruhrtal: Alle noch bestehenden Überflutungsflächen müssen endgültig gesichert und nach Möglichkeit erweitert werden. Mülheim hat in der Ruhraue mit dem durch europäisches Recht geschützten

Flora-Fauna-Habitat-Gebiet und z.B. in den wertvollen Wassergewinnungsflächen, die seit Jahrzehnten nicht betreten werden dürfen, insbesondere auch für seltene Vogelarten viel zu bieten. Unabhängig davon gibt es aus der Vergangenheit viele Sünden gegen Erfordernisse des Hochwasserschutzes. Diese können i.d.R. nicht rückgängig gemacht werden. Doch dürfen diese nicht mehr als Begründung bzw. Rechtfertigung für ähnliche Bauvorhaben in der Umgebung genommen werden

Das Rumbachtal als ausgewiesenes Überschwemmungsgebiet muss nicht nur als solches verbessert werden. Bei den zunehmenden Starkregen ist es aber entscheidend, dass weitere Bebauung im Anstrom und an den Hängen und Zuflüssen in Zukunft unterbleibt. Neben dieser fundamentalen Wichtigkeit für die Kontrollierbarkeit des Wasser- sowie Abwassermanagements ist das Rumbachtal von zentraler Bedeutung für die Belüftung der Mülheimer Innenstadt. Die Kaltluftentstehungsgebiete oberhalb und an den Hängen zum Tal dürfen nicht weiter verkleinert werden. Das ist seit längerem bekannt und mit dem neuesten Gutachten der Uni Bochum überdeutlich bestätigt worden. Geplante Bauprojekte wie u.a. am Schlippenweg oder an der Tinkrathstraße sind in Zeiten von zunehmenden Starkregen schlichtweg nicht mehr zeitgemäß. Aber auch die anderen Bachläufe im Mülheimer Stadtgebiet müssen gegen Hochwasser bei Starkregen mehr und besser geschützt werden, auch um den Zulauf zur Ruhr zu verringern. Eine möglichst großzügigere Schutzausweisung der Bachtäler ist notwendig. Die Verwaltung muss deshalb in absehbarer Zukunft zu allen Bächen ein Programm aufstellen bzw. das bereits vorgestellte, aber nicht beschlossene Bachkonzept der Umweltverwaltung überarbeiten, so dass auch die Bachverläufe im Sinne vorbeugenden Hochwasserschutzes nach und nach repariert und renaturiert werden können, um nur einige im Mülheimer Stadtgebiet zu nennen wie u.a. Hexbach, Forstbach, Mühlenbach, Wambach, Horbach, Schengerholzbach, Rossenbeck, Wirtzbach, Halbach, Alpenbach.

Das o.g. Bündel an notwendigen Maßnahmen kann natürlich nicht in wenigen Monaten abgearbeitet werden. Dennoch ist es für zukünftig verbesserten vorbeugenden Hochwasserschutz von zentraler Bedeutung, dass der Rat und seine Fachausschüsse jetzt dafür die Weichen anders stellen. Nur damit erhalten die zuständigen Ämter sowie die bauwilligen Investoren mehr Klarheit für die weitere Behandlung von Projekten in hochwasserrelevanten Bereichen.

Für die Bezirksvertretungen: A. Klöve Korn, BV 1, T. Grell, BV 2 und A. Warth, BV 3

Für die Ausschüsse und den Rat: L. Reinhard, MBI-Fraktionssprecher

OB sagt: „Bauprojekte zu verbieten, ist doch kein Hochwasserschutz.“ Wie bitte? Wir leben in 2021, nicht mehr in den 60ern!

Im WAZ-Interview vom 26.7.21 wurde der Mülheimer OB Buchholz (CDU) u.a. gefragt:

„Werden Sie jetzt Bauprojekte direkt an der Ruhr unterbinden? Buchholz: Auf keinen Fall. Wir wollen das Ruhrgebiet nicht entvölkern. Bauprojekte zu verbieten, ist doch kein Hochwasserschutz. Voraussetzung ist natürlich, dass die Investoren ihrer Verpflichtung nachkommen, ihre Gebäude vor möglichen Fluten ausreichend schützen. Dort werden wir auf die Auflagen besonders achten.“

Diese Aussage eines von Schwarz-Grün getragenen OB ist sowohl verstörend als auch bemerkenswert. Es ist auch eine Antwort auf den MBI-Antrag vom 20.7.2,1 siehe Seite 2.

Nur soviel zu den OB-Aussagen:

Die MBI-Forderungen befinden sich im völligen Einklang mit Erkenntnissen nahezu aller Wissenschaftler und den Erfahrungen fast aller „normalen“ Menschen. Man denke nur an das kürzliche Interview in der lokalen WAZ mit dem renommierten Klimaexperten Hans-Peter Winkelmann in „Hochwasser in Mülheim: Wo die Stadt endlich umdenken muss“, der u.a. wie folgt zitiert wurde: „**Die Stadt muss Bauprojekte neu überdenken. Schon Ruhrbania hätte man so nicht gestalten dürfen**“

Die Starkregen Mitte Juli waren insbesondere im relativ weniger betroffenen Mülheim alles andere als ein Jahrhunderthochwasser. Das könnte schon beim nächsten extremen Starkregen anders sein, oder in 2 oder 5 Jahren.

Zu der OB-Aussage, das Ruhrgebiet würde entvölkert, wenn man Bauprojekte direkt an der Ruhr unterbinden würde: Mülheim hatte 1971 fast 193.000 Einwohner, heute sind es noch ca. 172.000 trotz der starken Zuwanderung der letzten Jahre. Die Stadt hat sich nicht „entvölkert“ wegen Bauverbots in hochwasserrelevanten Flächen, denn seither sind gerade inflationär Neubauten besonders in den attraktiven Wasserlagen oder in Landschaftsschutzgebieten entstanden. Der Bevölkerungsrückgang hatte dagegen bekanntermaßen ganz andere Gründe. Deshalb ist die unbedachte Aussage des OB auch ziemlich platt, um ja bestimmte Bau- und Immobilienhändler zu beruhigen. (Man denke u.a. an den MWB und sein großes Wohnbauprojekt auf dem Lindgens-Areal in Ufernähe)

MBI vollauf bestätigt: Haushaltsbegleitbeschluss war rechtswidrig! Und nun?

In der Sitzung des Hauptausschusses anstelle des Rates der Stadt am 19.02.2021 wurde mit den Stimmen von Schwarz-Grün + FDP in einem sog. Haushaltsbegleitbeschluss als Sparmaßnahmen u.a. die „**Einstellung der Rentenberatung vor Ort: Einsparvolumen 200.000 Euro p.a.**“.

Nachdem die Kämmerei im Sozialausschuss auf die MBI-Fragen dazu ziemlich wirres Zeug verkündet hatte, wiederholten die MBI im Rat am 22.04.2021 ihre Fragen zu den schweren Bedenken wegen der Rechtmäßigkeit. Wieder versuchte der Kämmerer eine Rechtfertigung mit haarsträubenden Begründungen. Danach schickten die MBI unverzüglich einen Brief an das zuständige Kommunalministerium von Frau Scharrenbach mit der Aufforderung tätig zu werden. Das antwortete, man habe die Beschwerde an das Sozialministerium weitergeleitet. Dort fragten die MBI am 9.7. nach, wie weit die Bearbeitung sei. Am 23.7. kam die eindeutige Antwort, womit die MBI-Vorwürfe vollauf bestätigt werden, siehe unten. Doch die Beanstandung eines nachweislich rechtswidrigen Ratsbeschlusses, könne nur vom Kommunalministerium erfolgen inkl. zumindest der Rüge, dass der OB und der Rechtsdezernent den am 19.2. bereits erkanntermaßen rechtswidrigen Beschluss nicht angehalten haben.

Egal, was nun das Scharrenbach-Ministerium mit der Problematik macht, man kann nur feststellen: Es geht ziemlich drunter und drüber in der Stärkungspaktkommune Mülheim, denn der gesamte Haushaltsbegleitbeschluss und damit auch der gesamte Etat 2021 ist so nicht haltbar. Und leider gibt es noch etliche Punkte mehr, die die Kommunalaufsicht nach Recht und Gesetz eigentlich nicht genehmigen hätte dürfen bzw. ablehnen müsste. Man denke nur an die „mehr als seltsame Gegenfinanzierung einer zusätzlichen Dezernentenstelle“, beschlossen am 1. Juli, s.u.

Aus dem Schreiben des NRW-Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales vom 23. Juli 2023:

..... *Bisher ist Ihre E-Mail an Frau Ministerin Scharrenbach noch nicht bei uns eingegangen. In der Sache kann ich Ihnen mitteilen, dass es in der Tat Aufgabe der kreisfreien Städte und Landkreise ist, Versicherungsämter vorzuhalten, die den Bürgerinnen und Bürgern in allen Bereichen der Sozialversicherung Auskünfte erteilen und u.a. bei der Antragsaufnahme behilflich sein müssen. Dieser gesetzliche Auftrag kann nicht durch einen Ratsbeschluss aufgehoben werden....."*

Die seltsame Finanzierung der zusätzlichen Dezernentenstelle

Im Rat am 1. Juli 2021 beschloss Schwarz-Grün in Mülheim, ab dem Herbst eine zusätzliche Dezernentenstelle einzurichten. Weil das hoffnungslos überschuldete Mülheim Stärkungspaktkommune des Landes ist, musste dafür eine Gegenfinanzierung bei der Aufsichtsbehörde angemeldet werden. Doch das läßt Zweifel aufkommen. Deshalb folgende MBI-Anfrage: für den Finanzausschuss am 13.09.2021:

Betr.: Gegenfinanzierung einer 5. Dezernentenstelle

In der WAZ vom 12. Juli 2021 benennt OB Buchholz die Einsparung von Zinsen durch den vorzeitigen Rückkauf des Rathauses vom SWB in Höhe von 950 000 € als Gegenfinanzierung für die Mehrausgaben für eine 5. Dezernentenstelle. Dieser Rückkauf war Bestandteil der Beschlussfassung zum Haushalt 2019 als HSP-Maßnahme 144-3: „*Rückkauf des Rathauses mit einhergehender Einsparung von Zinsbelastungen in Höhe von rd. 1.000.000 € p.a. ab dem Jahr 2023. Diese Maßnahme wird mit einer durch den Zinsmarkt anzupassenden Miete verglichen und in einer Vorlage gesondert zur Entscheidung gebracht.*“ (V 18/0980-01)" Es war allerdings



noch nicht geklärt, ob dabei Grunderwerbssteuer fällig würde, so dass der Konsolidierungsbeitrag insgesamt viel niedriger ausfallen würde. Ein weiterer Beschluss, wie oben angekündigt, wurde bisher nicht gefasst. **Vor allem aber wird das Problem der Mehrausgaben für die zusätzliche Dezernentenstelle damit nicht gelöst: Die o.g. HSP-Maßnahme war unabdingbarer Bestandteil der Beschlussfassung zum Haushalt, damit dieser (und alle folgenden) genehmigungsfähig war. Das schließt eine Verwendung des eingesparten Betrages an anderer Stelle als Gegenfinanzierung aus. Deshalb:**

- 1.) Wird weiter am Rückkauf des Rathauses festgehalten und wenn ja, welche Beschlüsse wären dazu noch erforderlich, damit das wann auch geschehen könnte?
- 2.) Wie soll es möglich sein, den eingesparten Betrag aus einer HSP-Maßnahme anderweitig zu verwenden, ohne den gesamten HSP (und damit den Haushalt) in Frage zu stellen?
- 3.) Wurde dieser Gegenfinanzierungsvorschlag schon dem RP vorgelegt? Falls ja, mit welchem Ergebnis?

Unwetterkatastrophe Vorbote einer entfesselten Klimakrise? Oder doch instrumentalisiert für grünen Wahlkampf?

Die enormen Starkregen Mitte Juli diesen Jahres haben katastrophale Verwüstungen hinterlassen, vor allem im Ahrtal und entlang von Erft, Rur, Maas usw.. Schnell wurde von Jahrhundertflut, Hochwasserkatastrophe historischen Ausmaßes usw. gesprochen. Schrecklich, dass derart viele Menschen gestorben sind, weil sie und die örtlichen Behörden von den Regenmassen relativ unvorbereitet überrascht wurden. Am Schlimmsten war u.a., dass 12 Insassen eines Behindertenheims in Sinzig



bei Ahrweiler jämmerlich umgekommen sind. Sicherlich wird man sich nicht nur dort Gedanken machen müssen, wie vor allen die Hilflosesten, neudeutsch Vulnerabelsten, in Katastrophenfällen ggfs.am ehesten evakuiert werden können, aber auch wie man vor allem frühzeitig ermitteln kann, wo sich Gefährdete noch befinden, nicht zuletzt auch ältere Mitmenschen, die nicht über eine Warnapp o.ä. erreichbar sind. So verheerend das Ausmaß der Zerstörungen für die Betroffenen auch ist, der riesige Anmarsch von vielen Tausenden professioneller Hilfskräften aus ganz Deutschland in weniger als 2 Tagen (alleine in NRW mehr als 23.000 Einsatzkräfte von Feuerwehr und Hilfsorganisationen wie dem Technischen Hilfswerk (THW), dazu 700 Beamte der Landespolizei und Kräfte der Bundespolizei sowie Einsatzkräfte aus Hessen, Niedersachsen und Hamburg sowie 900 Soldaten vor Ort) war beeindruckend. Ähnlich toll die sehr große Welle an Hilfen und Hilfsangeboten durch Privatleute aus dem gesamten Bundesgebiet. Glück war auch, dass die fast tropischen Regenergüsse sich nicht noch Tage fortsetzten. Dennoch gehen die Schäden in die Milliarden, von den vielen Toten ganz abgesehen.

Die Unwetterkatastrophe als Rettungsanker für die Grünen bei den Bundestagswahlen am 26. Sept. ?

Sofort mit den Starkregen setzte der Kampf um die Deutungshoheit über die Ereignisse ein, kein Wunder, denn in ca. 2 Monaten ist Bundestagswahl. In fast allen Medien scheint der Konsens groß und das klingt ungefähr so: *"Da seht ihr, die Klimakatastrophe ist mitten unter uns und jetzt muss dringend Tempo gemacht werden mit Klimaschutzmaßnahmen und Klimaneutralität usw."*

Das Umweltinstitut München z.B. schrieb 1 Tag nach den verheerenden Starkregen:

*"Wollen wir das schlimmste Klimachaos abwenden, so braucht es jetzt einen radikalen Wandel im Energie-, Verkehrs- und Gebäudesektor. Wir Wähler/innen sind bei der Bundestagswahl aufgefordert, darüber abzustimmen, welche Ideen überzeugen. **Die aktuellen Verbote einer entfesselten Klimakrise zeigen, was auf dem Spiel steht!**"* Doch wohlgermerkt: E-Autos, Nullenergiehäuser o.ä., Wind- und Fahrräder oder eine höhere CO₂-Steuer schützen nichts und niemanden gegen Starkregen. Die Redaktion "klimareporter.de" brachte es sofort nach den Starkregenfluten auf den Punkt:

"Wahlkampf 2021: Die Katastrophe kann das richtige Thema setzen - Klimakrise muss das Topthema werden, um den Klimaschutz mit einem Turbo zu versehen. Deutschland muss seiner globalen Verantwortung gerecht werden und seinen Beitrag dazu leisten, dass die Klimakrise noch halbwegs beherrschbar bleibt durch ein globales Erwärmungslimit von 1,5 Grad. Die Unwetterkatastrophe könnte das politische Feld vor der Bundestagswahl tief umpflügen und den Grünen Auftrieb geben, die zuletzt auf dem absteigenden Ast waren....."

b.w.

Fast alle sog. Qualitätsmedien sagen das ähnlich, nur sind sie zumeist vorsichtiger geworden, ihre Präferenz für die Grünen offen zu artikulieren. Jedenfalls ist Klimapolitik mit der Unwetterkatastrophe wieder Thema Nr. 1, während Hochwasserschutz nur nachgeordnet ist, nicht nur in Mülheim oder Duisburg, wo die Stadt festhält u.a. am Projekt von 300 Wohnungen in den Auen von Beekerswerth anstelle der Rheinklinik.

Die angeblich einzige Ursache scheint gefunden, der globale "menschengemachte Klimawandel". Nur dadurch konnten die im Frühjahr hochgejubelten Grünen, die mit der offensichtlichen Unprofessionalität ihrer Kanzlerkandidatin einen jähen Absturz erlebten, wieder in der erkennbaren Gunst der Medien und ihrer unzähligen Meinungsforscher und -macher deutlich an Boden zurückgewinnen. Doch:

Mehr Sachlichkeit zum Thema Hochwasserschutz ist dringend vonnöten!

- 1.) So zerstörerisch die Starkregen vor allem im Westen Deutschlands auch waren, das war dennoch keine Jahrhundertflut wie etwa 1953 in den Niederlanden und Flandern oder 1962 in Hamburg oder 2002 in Ostdeutschland, Tschechien und Österreich. Es war auch keine Jahrhundertflut, weil die Starkregen im Endeffekt glücklicherweise nicht auch noch den Rhein zum massiven Hochwasser gebracht haben, mal abgesehen davon, dass unser Jahrhundert noch relativ jung ist.
- 2.) Im Vergleich zu anderen wirklich apokalyptischen Überschwemmungen wie z.B. im März 2019 in Mozambik, Malawi und Ost-Zimbabwe sind die kürzlichen Überschwemmungen bei uns in Mitteleuropa relativ harmloser verlaufen, von dem verheerenden Tsunami an Weihnachten 2004 im Indischen Ozean oder dem fürchterlichen Tsunami in Japan 2011 ganz zu schweigen.
- 3.) Es ist eindimensional und falsch, alle Naturkatastrophen möglichst nur mit einer einzigen Ursache zu erklären, nämlich dem "menschengemachten Klimawandel" und dabei vornehmlich "das böse CO₂" verantwortlich zu machen. Das ist im Übrigen auch wenig ökologisch gedacht, wonach es immer auf das Zusammenspiel verschiedener Faktoren ankommt. Vor allem aber lenkt es von allem ab, was als dringend erforderliche Maßnahmen etwa beim vorbeugenden Hochwasserschutz nötig wären. Mit dem Klimaschutz der Grünen wird man bekanntlich aber keine Schäden durch Flutkatastrophen in Küstengebieten oder Starkregen im Inland verhindern.
- 4.) **Es ist lange bekannt, dass neben dem stetig wachsenden Versiegelungsgrad auch die Begradigung von Flüssen und Bächen die Hochwassergefahren deutlich vergrößert haben. Dass man in Ufernähe und noch weniger in weitere Retentionsflächen wie Auen oder an bestimmten Hängen zu Überflutungsflächen zusätzlich bauen sollte, steht in fast allen Landes- und Bundesgesetzen. Dennoch wird eine Ausnahme nach der anderen gemacht, schließlich sind z.B. Wasserlagen höchst attraktiv. In NRW ist bereits seit 1995 vorgeschrieben, bei Neubauten i.d. Regel Regenwasser zu versickern und nicht in das Kanalsystem zu leiten, nicht nur in Mülheim jedoch die absolute Ausnahme.**
- 5.) Bereits die Rio-Konferenz 1992 stellte in der Agenda 21 die Nachhaltigkeit als Hauptziel für globale gedeihlichere Entwicklung auf. In der Schlusserklärung, die von über 180 Staaten ratifiziert wurde, war das Klimathema nur eines von Vielen neben u.a.. Ressourcenschonung, Überfischung der Meere, Müll- und Trinkwasserprobleme, rasant zunehmende globale Entwaldung, in der Folge ebenso rasant fortschreitende Bodenerosion sowie Wüstenbildung, Artensterben u.v.v.m., nicht zuletzt aber auch die Begrenzung der Bevölkerungsexplosion, in der gesamten Klimadiskussion einfach außen vor gelassen.
- 6.) Die Grünen plakatieren u.a.: **"Klima und Wirtschaft ohne Krise - Briefwahl jetzt!"**. Das verspricht alles und nichts. Hauptsache, gewählt werden. Gleichzeitig fordern sie die große "Transformation", wobei die "Zumutungen" (Zitat Habeck) 20 Jahre dauern und "fair" sein sollen.

Fazit: Die Grünen stehen neben Klimapolitik für eine weitgehend freizügige Einwanderungspolitik sowie "cancel culture" in allen Facetten. Da steht es im krassen Widerspruch zu ihren ökologischen Credo für Länder wie Deutschland. Die weiter unkontrollierte Zuwanderung wie bisher überfordert nicht nur die deutschen Sozialsysteme, sie verstärkt u.a. auch den Bauboom wegen des anhaltenden Wohnungsmangels und damit die Verletzbarkeit gegenüber zunehmenden Wetterextremen. Die



von den Grünen geforderte Klimapolitik mit Deutschland als Vorreiter ist ferner mit großen Teilen der Zuwanderer noch schwerer zu machen als mit den "schon länger hier Lebenden". Unabhängig von fundamentalen Widersprüchen der grünen Politik, die auch von SPD und Linken vertreten wird, würden diese den bereits weit fortgeschrittenen Bedeutungsverlust der westlichen Vormachtstellung sowie die Nichtbeachtung der "europäischen Werte" weltweit massiv beschleunigen.